

Rundbrief aus dem Thälmann -Haus

Nr. 14 Februar 1983

Vor 50 Jahren:

Was damals geschah ...

Januar 1933: Hochfinanz und Hitler einig

„Als die NSDAP am 6. November 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend.“ Das erklärte der Bankier Freiherr von Schröder 1947 im "Krupp-Prozeß" vor amerikanischen Richtern.

Diese Unterstützung hatte es schon vor 1933 gegeben. So erhielt die NSDAP für jede geförderte Tonne Kohle von den Zechenbaronen 7 Pfennig in ihre Wahlkasse. Seit dem Frühjahr 1932 existierte der Keppler-Kreis von Großindustriellen, der nach dem Chemie-Unternehmer Wilhelm Keppler benannt war und sich die Aufgabe gestellt hatte, Hitler zu finanzieren. Diese Bankiers und Großindustriellen brauchten eine faschistische Regierung, um die Arbeiterbewegung zerschlagen und ihre Kriegspläne realisieren zu können. Mit ihrer Zustimmung verhandelte Freiherr von Schröder am 4. Januar 1933 in seiner Villa mit Hitler und von Papen. "Von Papen und Hitler erzielten eine prinzipielle Einigung" über eine gemeinsame Regierung (so von Schröder).

30. Januar: Die Faschisten an der Macht

Schon im November 1932 hatten die Unternehmer in einem Brief an den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg die Bildung eines Präsidialkabinetts unter Hitlers Führung verlangt. Nach der Einigung Hitlers mit von Papen fand am 22. Januar eine weitere Zusammenkunft Hitlers mit von Papen und Oskar von Hindenburg, dem Sohn des Reichspräsidenten, statt, um die Modalitäten einer Regierungsbildung auszuhandeln.

Sechs Tage später trat das Kabinett Schleicher zurück. Am 30. Januar berief Hindenburg Hitler zum Reichskanzler und von Papen zu dessen Stellvertreter. Damit hatte sich bewahrheitet, was die Kommunisten vorausgesagt hatten: "Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler".

Sehr bald schon sollte sich zeigen, daß auch die weitere Voraussage stimmte: "Wer Hitler wählt, wählt den Krieg". Die KPD reagierte noch am gleichen Tag mit einem Aufruf zum Generalstreik. Darin hieß es: "Das blutige, barbarische Terrorregime des Faschismus wird über Deutschland aufgerichtet. Massen, laßt nicht zu, daß der Todfeind des deutschen Volkes, die Todfeinde der Arbeiter und armen Bauern, der Werktätigen in Stadt und Land ihr Verbrechen durchführen. Setzt Euch zur Wehr gegen die Anschläge und den Terror der faschistischen Konterrevolution". Ihr Angebot auf gemeinsames Handeln wies jedoch die SPD zurück. Dennoch kam es in vielen Städten zu gemeinsamen Demonstrationen und Kundgebungen.

3. Februar: Orientierung der Reichswehr auf Krieg

Kaum an der Macht, legten die Nazis vor den Befehlshabern der Reichswehr die Karten auf den Tisch. Schon am 3. Februar legte Hitler ihnen dar: Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel. Einstellung der Jugend und des ganzen Volkes auf den Gedanken, daß nur der Kampf uns retten kann und diesem Gedanken gegenüber alles zurückzutreten hat. Ertüchtigung der Jugend und Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln. Todesstrafe für Landes- und Volksverrat. Straffeste autoritäre Staatsführung. Beseitigung des Krebschadens der Demokratie ... Wie soll die politische Macht, wenn sie gewonnen ist, gebraucht werden? Jetzt noch nicht zu sagen. Vielleicht Erkämpfung neuer Export-Möglichkeiten, vielleicht - und wohl besser - Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose Gemanisierung" (offizielle Niederschrift).

Ziemlich unverhüllt wurde also das Ziel des Faschismus ausgesprochen: ein Eroberungskrieg und als Voraussetzung dafür politische Friedhofsruhe im Innern.

4. Februar Wichtige Grundrechte aufgehoben

Schon am 1. Februar hatte Hindenburg den Reichstag aufgelöst und für den 5. März Neuwahlen ausgeschrieben. Am 4. Februar folgte eine Notverordnung, die zwar „Zum Schutz des deutschen Volkes“ überschrieben war, aber in Wahrheit der NSDAP den Wahlsieg sichern sollte. Sie gab der Hitlerregierung das Recht, politische Versammlungen und Kundgebungen sowie Zeitungen und Druckerzeugnisse zu verbieten.

Gestützt auf diese Notverordnung erließ der preußische Innenminister Hermann Göring am 17. Februar einen Befehl an die Polizei, gegen Gegner des Faschismus rücksichtslos vorzugehen: "Polizeibeamte, die in Ausübung ihrer Pflichten von der Schußwaffe Gebrauch machen, werden ohne Rücksicht auf die Folgen des Schußwaffengebrauchs von mir gedeckt; wer hingegen in falscher Rücksichtnahme versagt, hat dienststrafrechtliche Folgen zu gewärtigen".

Am 22. Februar ließ Göring wegen "Überlastung" der regulären Polizei aus Mitgliedern der SA eine 50 000 Mann starke "Hilfspolizei" aufstellen. Damit wurde der SA-Terror gegen Antifaschisten legalisiert.

7. Februar: Das ZK der KPD tagt illegal

Die Notverordnung vom 4.2. hatte die KPD faktisch in die Illegalität gedrängt. Unter illegalen Bedingungen tagte deshalb am 7. Februar in Ziegenhals das Zentralkomitee der KPD. Zum letzten Mal sprach hier Ernst Thälmann vor dem Leitungsgremium seiner Partei.

Thälmann setzte sich in seiner Rede mit dem Klassencharakter und der Rolle der faschistischen Diktatur auseinander, zog die Bilanz des bisherigen Kampfes gegen den Faschismus und trat für die antifaschistische Aktionseinheit mit der SPD und den Gewerkschaften zum Sturz des Hitlerregimes ein. Dabei betonte er, daß der Sturz der Hitlerregierung und der Sieg der proletarischen Revolution nicht ein- und dasselbe sein müsse.

Am gleichen Tag fand in Berlin eine Massenkundgebung der Eisernen Front statt. Deren Versammlungsleitung lehnte es ab, einem Sprecher der KPD das Wort erteilen zu lassen, der ein Angebot des ZK der KPD zur Aktionseinheit übermitteln wollte.

27. Februar: Reichstagsbrand eine Naziprovokation

Am Abend des 27. Februar, sechs Tage vor der Wahl, stand das Reichstagsgebäude in Flammen. Die Faschisten hatten den Reichstag selbst angesteckt, um in einer Stimmung der Hysterie ihren Wahlerfolg sichern und die Hitlergegner auch physisch vernichten zu können.

Noch in der Brandnacht beschuldigte Hitler die Kommunisten der Brandstiftung, auf die er mit der Vernichtung des Kommunismus in Deutschland antworten werde.

Mit der Vernichtung seiner Feinde begann Hitler unverzüglich und im großen Stil. Noch in dieser Nacht wurden mehr als 10 000 Kommunisten, aber auch Sozialdemokraten und bürgerliche Demokraten verhaftet. Die KPD war jetzt praktisch verboten.

Am folgenden Tag erließ Hindenburg eine von Hitler ausgearbeitete Notverordnung, die alle demokratischen Grundrechte der Weimarer Verfassung "bis auf weiteres" außer Kraft setzte und die Willkür der Schutzhaft" einführte. Mit dieser "Schutzhaft"-Bestimmung erhielten die Faschisten freie Hand für die Einrichtung von Konzentrationslagern.

3. März: Verhaftung von Ernst Thälmann

Der Verhaftungswelle fiel auch der Vorsitzende der KPD, Ernst Thälmann, zum Opfer. Zwar hatte Thälmann, wie viele führende Kommunisten, eine illegale Unterkunft bezogen, aber diese wurde verraten. So gelang es den Faschisten, Thälmann am 3. März zu verhaften. Am gleichen Abend sagte Göring auf einer Kundgebung, in Frankfurt/M.: "Hier habe ich keine Gerechtigkeit zu üben, hier habe ich nur zu vernichten und auszurotten, weiter nichts".

Daß Thälmann dennoch nicht sofort umgebracht, sondern erst nach 11jähriger Haft ermordet wurde, ist in erster Linie auf die breite Solidaritätsbewegung für die Freilassung Thälmanns im In- und Ausland zurückzuführen.

5. März: Nazis schieben Reichstagsmehrheit zusammen

Trotz des blutigen Terrors in der letzten Wahlwoche brachte die Reichstagswahl am 5. März der NSDAP nicht die erwartete absolute Mehrheit. Die NSDAP erreichte nur 43,9 Prozent der Stimmen, die Arbeiterparteien KPD (12,3) und SPD (18,3) konnten trotz aller Behinderungen noch über 30 Prozent auf sich vereinigen. Die Nazis "kor-

rigierten" das Ergebnis auf ihre Weise. Am 9. März verhafteten sie drei bulgarische Kommunisten, darunter den Leiter des Westeuropäischen Büros der Kommunistischen Internationale, Georgi Dimitroff, und beschuldigten sie der Beteiligung am Reichstagsbrand. Zugleich ließen sie die kommunistischen Mandate im Reichstag annullieren. Dadurch verringerte sich die Zahl der Abgeordneten auf 566. Nunmehr besaßen die Nazis mit ihren 288 Mandaten die absolute Mehrheit im Reichstag.

Die Methode, deren sich die Faschisten dabei bedienten, ist bis heute die gleiche. Um volksfeindliche und undemokratische Maßnahmen zu bemänteln, wird der Antikommunismus mit haltlosen Beschuldigungen hochgepeitscht.

23. März: Ermächtigungsgesetz - Hitlers Generalvollmacht

Der neugewählte Reichstag trat am 23. März in der Berliner Kroll-Oper erstmals zusammen. Auf der Tagesordnung stand das "Ermächtigungsgesetz", welches das faschistische System legalisieren und fest verankern sollte. Da es nur mit einer Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden konnte, waren dafür auch die Stimmen der übrigen Parteien notwendig. Diese kapitulierten vor Hitler und stimmten für das Ermächtigungsgesetz. Mit dieser Entscheidung war ihr Klassenauftrag erfüllt. Sie lösten sich im Juni selbst auf und überließen den Nazis die Alleinherrschaft.

Da die kommunistischen Abgeordneten verhaftet waren, stimmte nur die SPD gegen das Ermächtigungsgesetz. Auch von ihren Abgeordneten fehlten bereits 26, die verhaftet waren oder verfolgt wurden. Sie signalisierten schon das Ende der SPD. Am 22. Juni wurde auch sie offiziell verboten.

1. April: Beginn der Judenverfolgung

Nach den organisierten Arbeitern wurden die Juden unter Ausnahme gestellt. Am 1. April begann die Judenverfolgung mit einem organisierten Boykott jüdischer Geschäfte, nachdem bereits am Vortag die Karstadt-Leitung "ariisiert" worden war. SA-Posten hinderten Bürger am Betreten jüdischer Geschäfte, Scheiben wurde eingeschlagen, jüdische Geschäftsleute verhaftet.

Diesem ersten Schritt folgten zahlreiche Verordnungen und Erlasse. Daß es dabei den Nazis nicht um die vielzitierte "Rassenreinheit" ging, sondern um die Ausschaltung einer mißliebigen Konkurrenz, macht das am 14. Juli erlassene "Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlicher Vermögen" deutlich, nach dem jeder jüdische Unternehmer willkürlich enteignet werden konnte.

2. Mai: Auflösung der Gewerkschaften

Die Arbeiterbewegung gab trotz des blutigen Terrors nicht auf. Bei den Betriebsratswahlen im Herbst 1933 war das Ergebnis für die Nazis so schlecht - ihre NSBO erhielt nur 25 Prozent der Stimmen -, daß die Wahlen abgebrochen wurden.

Die Nazis erließen am 4. April ein Gesetz, das den Unternehmern das Recht gab, Arbeiter bei "Verdacht staatsfeindlicher Betätigung" zu entlassen und Betriebsvertretungsmitglieder, wie die Betriebsräte jetzt genannt wurden, zu ernennen. Dies war der erste Schritt zur Zerschlagung der Gewerkschaften.

Ein weiterer Schritt, der den Arbeitern den Klassencharakter des Regimes verbergen sollte, war das Gesetz vom 10. April, das den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklärte. Die Gewerkschaften glaubten, noch eine Überlebenschance zu haben, und riefen auf, am 1. Mai gemeinsam mit den Nazis zu demonstrieren. Es half ihnen nichts. Schon am 2. Mai wurden die Gewerkschaftshäuser besetzt und die Gewerkschaften aufgelöst.

10. Mai: Bücher auf dem Scheiterhaufen

Nach der Zerschlagung der legalen Arbeiterbewegung gingen die Faschisten daran, systematisch das Bildungswesen und das kulturelle Leben unter ihre Kontrolle zu bringen. Bildung und Kultur sollten vor allem die Jugend im Geiste der "Wehrhaftigkeit" erziehen. Demokratische Lehrer, Professoren und Künstler wurden aus dem Amt gejagt, ihre Bücher verboten, ihre Werke diffamiert.

Am 10. Mai entflammten in vielen Universitätsstädten die Scheiterhaufen. Die Bücher von den Nazis verfeindeten Literaten und Wissenschaftler wie Karl Marx, Heinrich Mann, Tucholsky, Feuchtwanger und Egon Erwin Kisch wurden

ins Feuer geworfen und verbrannt. Alles, was in der deutschen Kultur wichtig und wertvoll war, verfiel der Ächtung und wurde verboten.

27. Juni: Arbeitsbeschaffung für den Krieg

Unmittelbar nach der Machtübernahme gingen die Nazis an die Vorbereitung des Krieges. Zu ihren strategischen Plänen gehörte der Bau kreuzungsfreier Schnellstraßen, um motorisierte Truppen schnell in jede Richtung befördern zu können. Am 27. Juni wurde mit dem Gesetz "Unternehmen Reichsautobahnen" der Startschuß für den Bau solcher Straßen gegeben.

Noch war der erste Spatenstich nicht getan, schrieb Konzernchef Thyssen einen Brief an Hitlers Beauftragten Todt: "Das rheinisch-westfälische Industriegebiet ist eines der bedeutendsten Wirtschaftsgebiete Deutschlands und Europas. Strategisch liegt es im Aufmarschgebiet künftiger Auseinandersetzungen im Westen. Die Frage seines Anschlusses an das geplante Autobahnnetz wird daher sehr bald an Sie herantreten ... Für meine Beteiligung an dieser Besprechung wäre ich Ihnen ergebenst dankbar".

Dem Volk aber wurde dieses riesige Rüstungsprojekt als Maßnahme zur Schaffung hunderttausender Arbeitsplätze vorgestellt.

1. August: Das Fallbeil regiert

Am 1. August wurden im Hof des Gerichtsgefängnisses in Altona die Kommunisten Möller, Lütgens, Tesch und Wolff hingerichtet. Sie waren die ersten Todesopfer der Nazijustiz. Ihre Hinrichtung war zugleich die Exekution von Recht und Gesetz in Deutschland. Von da an herrschten Fallbeil und KZ und machten jeden Hitlergegner, sogar jeden unvorsichtigen Unzufriedenen zum Todeskandidaten.

16. Dezember Dimitroff wird Ankläger des Faschismus

Mit dem Reichstagsbrandprozeß versuchten die deutschen Faschisten, ihre antikommunistische Terrorpolitik zu begründen, doch sie erlitten damit eine Niederlage. Die Anklage, Kommunisten hätten den Reichstag in Brand gesteckt, fiel haltlos in sich zusammen. Am 16. Dezember hielt Dimitroff sein Schlußwort. Darin forderte er den Freispruch für die angeklagten Kommunisten, deren Unschuld im Prozeß erwiesen worden sei. Die deutschen Arbeiter rief er auf, nicht länger Amboß zu sein, sondern Hammer zu werden.

Das Gericht folgte dem Antrag Dimitroffs und sprach die angeklagten Kommunisten frei. Diese Niederlage bewog die Faschisten, auf den angekündigten Prozeß gegen Thälmann zu verzichten und ihn ohne Gerichtsurteil ins Zuchthaus zu überführen.

Auch Dimitroff und seine Genossen wurden weiter in Haft gehalten. Erst auf die Intervention der Sowjetunion, die den drei Bulgaren am 15. Februar 1934 die sowjetische Staatsangehörigkeit verliehen hatte, setzten die Nazis diese am 26. Februar 1934 auf freien Fuß.

Aus unserem Gästebuch

„Wir wollen aus der Vergangenheit lernen, um die Gegenwart bewußt zu leben und die Zukunft zum Besseren zu gestalten. Vielen Dank allen Mitarbeitern der Thälmann-Gedenkstätte.“

Eine Gruppe der "Falken"

„Wir waren tief beeindruckt vom Wirken Ernst Thälmanns und des antifaschistischen Widerstandes der Arbeiterklasse.“

VVN-Gruppe Flensburg

"In unserem Kampf für Frieden und gegen die Mittelstreckenraketen ist Ernst Thälmann ein großes Vorbild für uns. Sein Ringen um die antifaschistische Aktionseinheit versuchen wir in Kiel in der Friedensinitiative fortzusetzen.“

„Daß diese Ausstellung keineswegs nur historischen Charakter hat, zeigt schon ein oberflächlicher Vergleich mit den Klassenkämpfen unserer Tage: gegen Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Konzernherrschaft mit faschistischen Tendenzen, für die Sache der Arbeiter, für Frieden. Ernst Thälmanns Vermächtnis ist noch immer aktuell. So muß auch in seinem Sinne gekämpft werden.“

"Über die Gedenkstätte für Ernst Thälmann bin ich sehr erfreut. Sie hat uns gefehlt. Jetzt gibt es sie, und sie muß über die Grenzen Hamburgs hinaus wirken bei allen Menschen. Sie ist eine wichtige Mahnung, damit ein zweites 1933 verhindert wird."

„Die Führung durch die Thälmann-Gedenkstätte war sehr informativ und lehrreich! Nach der Erfahrung, daß diejenigen, die sich des Vergangenen nicht erinnern, verurteilt sind, es noch einmal zu erleben, ist die politische Spaltung der Arbeiterbewegung auch heute ihre entscheidende Schwäche - wir müssen sie überwinden!“ DGB-Lehrgang Arbeitsrecht

Exekution von Recht und Gesetz in Deutschland. Von da an herrschten Fallbeil und KZ und machten jeden Hitlergegner, sogar jeden unvorsichtigen Unzufriedenen zum Todeskandidaten.

Rechts - Ultrarechts - Reaktionär

von Walter Möller

Als ich 1926 als Vierzehnjähriger der Kommunistischen Bewegung beitrug, war vom Faschismus in Deutschland noch nicht allzu viel zu hören. Dafür umso mehr von den reaktionären Kräften des deutschen Imperialismus. Von jenen Kräften,

die schon 1918 gegen die junge Sowjetrepublik kämpften, am 1.3.1918 Kiew besetzten und die Macht der konterrevolutionären ukrainischen Zentralrada wieder einsetzten;

- die Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Walter Rathenau u.a. ermorden ließen;
- die 1923 in Thüringen einmarschierten, um die dortige Arbeiterregierung zu stürzen, und die in Ohrdruf das erste KZ einrichteten.

Für mich ist deshalb seit über 50 Jahren die Reaktion der Schoß, aus dem Krieg und Faschismus geboren werden. Es war durchaus folgerichtig, daß deutsche Konzern- und Monopolherren, als sie Angst um ihre Macht und Vorrechte hatten, sich mit den Führern der Nazis trafen. Einer der reichsten von ihnen, Friedrich Flick, traf sich Anfang Februar 1932 mit Hitler, um der Nazipartei eine großzügige finanzielle Spritze zu geben. Reichskanzler Brüning hatte damals Sozialleistungen und Arbeitslosenunterstützung abgebaut, die Reichen dagegen mit "Osthilfe" unterstützt. Die Arbeiter rebellierten dagegen, so daß sich die Konzernherren nach einer härteren Gangart gegenüber der Arbeiterbewegung, vor allem gegenüber der KPD, umsahen. Dafür waren Hitler und seine Konsorten gerade gut genug. Kann mir einer verdenken, daß ich heute beunruhigt bin, wo ich sehe, daß zwar nicht Flick-Vater, aber Flick-Sohn versucht, die rechten Kräfte im Bundestag durch Finanzspritzen in sein Fahrwasser zu lenken?

Wer also heute sagt "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg", muß gegen die rechten Kräfte sein, muß den Schoß für Krieg und Faschismus unfruchtbar machen.

In der Bundesrepublik werden wie zu Brüning's Zeiten die Sozialleistungen abgebaut. Die Arbeitslosenzahl wächst. Aber die Rüstungskosten steigen ständig. Ich denke, wenn den dafür verantwortlichen Kräften nicht Einhalt geboten wird, ist auch die Kriegsgefahr groß. Das lehrt uns unsere Geschichte.

Was soll man denken, wenn Strauß meint, man müsse militärisch nur stark genug sein und die richtigen Verbündeten haben, dann werde die Sowjetunion bald von der Landkarte verschwinden.

Die richtigen Verbündeten? Bundeskanzler Kohl sagen dies seien Mr. Reagan und die USA. Will Reagan jedoch die Interessen der Bundesrepublik schützen? Nein, er will, wie er sich ausdrückte, die Sowjetunion schwächen oder gar vernichten, um alle gesellschaftsverändernden Kräfte in der Welt als US-Weltgendarm niederhalten zu können.

Was hat die Reaktion schon alles getan, um den Sozialismus und vor allem die Sowjetunion zu vernichten. Schon im März 1918 besetzten Truppen des imperialistischen Deutschlands Teile der Sowjetunion. Die Imperialisten der Ententestaaten unternahmen im Juli 1920 einen Feldzug gegen die junge Sowjetunion. 1941 versuchten die Hitlerarmeen, die ganze Sowjetrepublik zu besetzen.

Wo das alles endete, wissen wir. Die Rote Armee wehrte alle diese Angriffe ab.

Nun soll der vierte Angriff gegen die Sowjetunion erfolgen, und zwar mit einem Atomkrieg, der auf Europa begrenzt werden soll. Wenn er doch wieder einmal scheitern sollte, so die Rechnung der USA-Strategen, bleibe das USA-Territorium unbeschädigt.

Deshalb sollen die neuen Raketen in der Bundesrepublik stationiert werden.

Die Rechten und Ultrarechten schreien: "Her mit den Raketen!" Wie blind und skrupellos muß jemand sein, der riskiert, sein eigenes Land zur Atomwüste zu machen, nur um die sozialistische Sowjetunion zu schwächen.

Ich denke oft an den Kampf der Kommunisten gegen den Faschismus und an Thälmanns Warnung: "Hitler, das bedeutet Krieg". Heute sagen nicht nur Kommunisten: Wer die neuen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik stationieren will, der setzt auf Krieg.

Deshalb müssen alle - gleich, wo sie politische stehen - den Ultrarechten in die Arme fallen. Den antifaschistischen Kräften gelang es trotz großer Opfer nicht, den zweiten Weltkrieg zu verhindern. Ein dritter Weltkrieg, der mit i-cherheit ein Atomkrieg wird, muß diesmal verhindert werden.

----- **Bilanz des Jahres 1982**

1982 hatte die Gedenkstätte mit 13151 Besuchern ihr bisheriges Spitzenergebnis seit ihrem Bestehen. Dieses Ergebnis spiegelt das zunehmende Interesse vieler Bürger an der jüngsten Geschichte wieder, besonders am Faschismus und seinen Ursachen und am antifaschistischen Widerstand. So verbanden viele den Besuch der Ausstellung der Hamburger Kulturbehörde Ober Arbeiterkultur um 1930 mit einem Besuch der Thälmann-Gedenkstätte, um sich hier über Thälmann und den Kampf der KPD gegen den Faschismus genauer zu informieren.

Angesichts der 50. Wiederkehr der faschistischen Machtübernahme nahm die Behandlung des Faschismus in den Schulen einen breiteren Raum im Unterricht ein als bisher. So kamen nicht nur zahlreiche Schüler zu uns, um sich Material für den Unterricht zu besorgen, auch mit dem Besuch von 71 Schulklassen, die sich über den antifaschistischen Widerstand informierten, konnte das gute Vorjahresergebnis wieder erreicht werden. Unsere Dokumentenmappe "Arbeiterwiderstand in Hamburg 1933-1945" erwies sich bei ihnen als gefragtes Objekt und war schnell vergriffen. Sie wird jetzt mit zusätzlichen Dokumenten neu aufgelegt.

Einen großen Teil unserer Besucher stellten wiederum die Teilnehmer der Alternativen Stadtrundfahrten, die der Landesjugendring zu den Stätten der Hamburger Arbeiterbewegung durchführt. Durch sie lernten 3100 Hamburger unsere Gedenkstätte kennen. Bemerkenswert ist ebenfalls, daß 10 Gewerkschafts- und 3 SPD-Gruppen ihre Vorbehalte überwinden und in die Gedenkstätte kamen. So mancher Teilnehmer unter ihnen verließ uns nach der Besichtigung mit nachdenklichem Gesicht.

Wie populär Ernst Thälmann nach wie vor jenseits unserer Grenzen ist, bewiesen die 3700 Besucher aus dem Ausland. Sie kamen aus 28 Ländern Europas, Asiens und Amerikas, darunter Vietnam und Iran, Kuba und Haiti, USA und Kanada, Argentinien und Chile. Den weitaus größten Anteil unter ihnen hatten sowjetische Bürger, die mit 55 Delegationen, Touristengruppen und Schiffsbesatzungen Thälmann ehrten.

Ein bedeutsames Ereignis war die Eröffnung unserer Bibliothek und des Archivs in eigenen Räumen im Nachbarhaus, die im November unser Kuratoriumsmitglied Herbert Mies vornahm. Mit der neuen Einrichtung hat jetzt jeder Interessierte Gelegenheit, sich eingehend mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer wissenschaftlichen Weltanschauung zu beschäftigen. Wechselnde Ausstellungen in den Räumen der Bibliothek - die erste war dem Friedenskampf der Arbeiterbewegung seit 1900 gewidmet, ihr folgt jetzt "Hamburg 1933" - lohnen den Besuch auch für den, der die Gedenkstätte bereits kennt oder nicht zu den "Bücherwürmern" gehört. Videofilme über Ereignisse aus der Geschichte der Arbeiterbewegung bieten einen zusätzlichen Anreiz.

Filmveranstaltungen in der Thälmann-Gedenkstätte

Aus Anlaß des 50. Jahrestages der faschistischen Machtergreifung zeigen wir

14. bis 18. Februar

täglich 20 Uhr

"ROTATION"

Der Film zeigt am Beispiel einer Arbeiterfamilie das unpolitische Verhalten vieler Deutscher und warum so viele zu Mitläufern wurden.

14. bis 18. März

täglich 20 Uhr

"Straße im Widerstand"

Arbeiter der Wallstraße in Berlin-Charlottenburg schildern ihre Lage Ende der 20er Jahre, von den Verhaftungen der Nazis und von ihrem Widerstand.

Thälmann-Bibliothek und ihre Schwerpunkte

Die Gedenkstätte bietet mit der neueröffneten Thälmann-Bibliothek und dem Thälmann-Archiv vielfältige Möglichkeiten, um sich historische und aktuelle Erfahrungen des Klassenkampfes anzueignen. Mit weit über 10000 Bänden, nahezu 100 laufenden Zeitungen und Zeitschriften, vielen Neuerscheinungen auf zahlreichen Gebieten können die unterschiedlichsten Lektüre- und Informationsbedürfnisse befriedigt werden.

Schon jetzt zeichnet sich ein Benutzerkreis ab, dessen unterschiedliche Interessen breit gefächert sind. Betriebsgruppen aus dem Hamburger Hafen stellen eine Ausstellung mit Dokumenten über die Kämpfe der Hafenarbeiter zusammen. Gewerkschafter und Betriebsräte informieren sich anhand von Neuerscheinungen und Artikeln über Ursachen und Folgen der kapitalistischen Rationalisierung. Schülergruppen durchforschen für den Wettbewerb "Alltag im Nationalsozialismus" die Flugblatt- und Zeitungssammlung. Friedensinitiativen werten seltene Dokumente und Fotos zur Geschichte der Friedensbewegung aus. Für Ausstellungen über das Jahr 1933 fahnden Mitarbeiter von Museen und Initiativen aus Hamburg, Westberlin, Lübeck, Lüneburg und Bremen nach Dokumenten des faschistischen Terrors und Zeugnissen des antifaschistischen Widerstands.

Schwerpunkt und Hauptsammelgebiet der Bibliothek ist die Geschichte der internationalen, deutschen und Hamburger Arbeiterbewegung. Hier stehen, zumeist aus Nachlässen und Schenkungen, große Bestände zur Geschichte der KPD zur Verfügung. Diese Bücher, Broschüren, Flugblätter und Zeitungen haben bereits ihre eigene Geschichte und wurden unter Lebensgefahr über die Zeit des Faschismus gerettet.

Aber auch aus der Geschichte der SPD und der Gewerkschaften sind viele Broschüren, Reihenwerke wie die "Internationale Bibliothek", Parteitagsprotokolle, Zeitschriften wie die "Neue Zeit" oder das "Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" erhalten geblieben. Original- und Reprintausgaben der "Neuen Rheinischen Zeitung" und der während des Sozialistengesetzes erschienenen Zeitung "Der Sozialdemokrat" belegen die Tradition marxistischer Presseorgane.

Grundfragen des Marxismus können in der Handbibliothek ebenso beantwortet werden wie Probleme der Marx-Forschung durch Benutzung der MEGA und spezieller Zeitschriften der Marx-Engels-Forschung. Bücher und Zeitschriften zur politischen Ökonomie, zum historischen und dialektischen Materialismus, Nachschlagwerke und Anschauungsmaterial können nicht nur im Marx-Jahr 1983 für Bildungsveranstaltungen und Ausstellungen genutzt werden.

Immer wieder trennen sich Veteranen von ihren über die Zeit des Faschismus geretteten Schätzen und stellen sie in der Thälmann-Bibliothek einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung. So gelangten viele Erstausgaben der Klassiker, von Wilhelm und Karl Liebknecht, Lassalle, Mehring, Luxemburg und Zetkin in den Besitz der Bibliothek.

Geöffnet ist die Bibliothek dienstags bis freitags von 10 bis 19 Uhr.

Die Gedenkstätte Ernst Thälmann deckt ihre Unkosten nur durch Spenden. Wir danken allen Spendern. Wir appellieren an Sie, uns auch weiterhin Ihre finanzielle Solidarität zu erweisen.

Bareinzahlungen direkt bei uns. Überweisungen auf

Postscheckkonto Hamburg, Kto.-Nr. 1337 37-204 (BLZ 200 100 20) Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg,
Konto-Nr. 11803287 (BLZ 200 10111)

Sonderausstellung in der Thälmann-Bibliothek

Von Februar bis April zeigen wir

"Hamburg 1933

Antifaschistischer Kampf Arbeiterwiderstand "

Gruppenführungen und Diskussionsrunden mit antifaschistischen Widerstandskämpfern nach Vereinbarung.

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Freitag 10.00 bis 19.00 Uhr

Sonnabend u. Sonntag 10.00 bis 13.00 Uhr